

A N T R A G

der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop und Insa Tietjen (Fraktion DIE LINKE)

Betr.: Olympische Spiele – Unterzeichnung des „Memorandum of Understanding“ rückgängig machen

Im November 2015 hat sich eine Mehrheit der Hamburger*innen in einem extra geschaffenen Bürgerschaftsreferendum gegen die Ausrichtung Olympischer Spiele in Hamburg ausgesprochen. Der Senat erweist sich einmal mehr als schlechter Verlierer, da er jetzt – ohne vorab die Hamburger*innen zu befragen, geschweige denn zu informieren – erneut eine Bewerbung für die Spiele anstrebt.

Am 21. November hat der Senat verkündet, dass er beabsichtigt, das „Memorandum of Understanding“ (MOU) des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) für eine mögliche deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele zu unterzeichnen. Bis zur Mitgliederversammlung des DOSB am 2. Dezember sollen die Erklärungen/unterzeichneten MOU aus den interessierten Ausrichterstädten vorliegen.

Der Senat hat es nicht für nötig gehalten, die Öffentlichkeit oder die Bürgerschaft über die Inhalte des MOU zu informieren. Die Stadt München ist anders verfahren, dort haben die politischen Gremien sich mit dem MOU befasst. Dem veröffentlichten MOU ist zu entnehmen, dass sich die unterzeichnenden Städte – zu denen auch Hamburg mit dem Ersten Bürgermeister und dem Sportsenator gehören – verpflichten, jeweils bis zu 500.000 Euro allein für das finale Bewerbungskonzept in Vorbereitung einer internationalen Bewerbung zur Verfügung zu stellen. Für die spätere Teilnahme am internationalen Bewerbungsverfahren sei mit zusätzlichen

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

Drucksache **22/**

22. Wahlperiode

22.11.2023

öffentlichen Mitteln von insgesamt bis zu 10 Mio. Euro zu rechnen, die vom Bund und den ausgewählten Gebietskörperschaften zu tragen seien. Eine exakte Abschätzung und Festlegung der Kostenteilung könne erst später erfolgen.

Der Senat handelt völlig intransparent, indem er das MOU zur Geheimsache macht.

Politisch verhält er sich unanständig, in dem er das Votum der Hamburger*innen aus dem Jahr 2015 ignoriert.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Unterschrift unter den MOU umgehend zurückzuziehen.
2. keine Bewerbung für Olympische Spiele zu betreiben, solange es keine grundlegenden und überprüften Veränderungen beim IOC gibt, die Korruption, Knebelverträge für die Ausrichterstädte und Länder sowie die einseitige Verteilung eventueller Gewinne zugunsten des IOC und seiner Partnerkonzerne ausschließen.